

Per Mail: [bgm@annweiler.de](mailto:bgm@annweiler.de)

Herrn Stadtbürgermeister  
Benjamin Seyfried  
Rathaus  
Hauptstraße 20  
76855 Annweiler

Ihr Schreiben vom:

Ihr Zeichen:

Mein Zeichen:  
So/Sw

Datum:  
01.02.2024

### **Antrag auf Einberufung einer Stadtratssitzung gem. § 34 I i. V. m. III GemO Rheinland-Pfalz**

Sehr geehrter Herr Stadtbürgermeister Seyfried  
lieber Benjamin,

die unterzeichnenden Fraktionen beantragen hiermit unter Bezugnahme auf vorgenannte Rechtsgrundlage die unverzügliche Einberufung des Stadtrats für eine Sondersitzung unter Ausnutzung der Mindest-Ladungsfrist gem. § 34 III wegen Eilbedürftigkeit. Konkret kündigen die unterzeichnenden Fraktionen hiermit folgenden Antrag an:

Der Stadtrat der Stadt Annweiler wird aufgefordert einen Beschluss herbeizuführen mit welchem

**der zwischen der Stadt Annweiler am Trifels und der Partei Alternative für Deutschland (AfD) Kreisverband SÜW vertr. d. d. Schatzmeister Herrn Hans Günter Gerstle, Offenbach abgeschlossene Mietvertrag für die Nutzung des im Eigentum der Stadt Annweiler stehenden Hohenstaufensaals für die Veranstaltung „Bürgerdialog mit Bundesvorsitzendem Tino Chrupalla“ am 23.03.2024 unverzüglich fristlos gekündigt wird.**

#### **Begründung:**

Alle den unterzeichnenden Fraktionen angehörenden Ratsmitglieder haben sich bei Annahme ihres Mandats verpflichtet ihr Amt verantwortungsvoll und ausschließlich orientiert an der sich aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der Landesverfassung für das Land Rheinland-Pfalz ergebenden freiheitlich demokratischen Grundordnung auszuüben. Zu dieser Verpflichtung gehört auch alles zu tun um Gefahren für diese freiheitlich demokratische Grundordnung abzuwehren.

Die AfD hat spätestens mit dem mittlerweile allgemein bekannten konspirativen Treffen in Potsdam dessen Beratungsgegenstände glücklicherweise aufgedeckt werden konnten klar zu erkennen gegeben dass sich die Partei nicht (mehr) auf dem Boden unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung bewegt – wenn bei einer solchen Versammlung auch Begriffe wie z. B. „Remigration“ fallen ist dies, insbesondere auch unter Beachtung unserer Geschichte, mehr als ein Indiz dafür dass die AfD ihre Berechtigung politische Partei in unserem demokratischen Gemeinwesen zu sein verwirkt hat.

Im Hinblick darauf ist es für die unterzeichnenden Fraktionen nicht vertretbar durch Vermietung der Versammlungsstätte Hohenstaufensaal in Annweiler das weitere Treiben dieser Partei zumindest indirekt zu unterstützen. Die unterzeichnenden Fraktionen weisen ausdrücklich darauf hin dass mit diesem Antrag in keiner Weise der öffentlich-rechtliche Bestand der AfD zum Gegenstand gemacht werden soll und mangels Zuständigkeit auch gar nicht darf.

Der Antrag erfolgt lediglich in Vollzug einer sich allein aus dem Privatrecht ergebenden vertragsrechtlichen Auseinandersetzung zwischen der Stadt Annweiler und der AfD. Soweit die dzt. geltende Nutzungsordnung für die Vermietung des Hohenstaufensaals ausdrücklich vorsieht diesen den im Stadtrat der Stadt Annweiler vertretenen Parteien zur Verfügung zu stellen hat dieser Passus bei einer teleologischen Reduktion keinen Bestand. Die Gründe liegen darin dass der szt. die Nutzungsverordnung beschließende Rat bei den Beratungen die sich schließlich in der Nutzungsordnung niedergeschlagen haben auch nicht ansatzweise daran gedacht hat dass in der heutigen Zeit (noch einmal) Parteien im Rat vertreten sein könnten die im Rahmen ihrer Gesamt-Organisation von einem Gedankengut geprägt sind, wie es sich spätestens aktuell gezeigt hat.

Die Eilbedürftigkeit resultiert daraus dass ein Vertrauen der AfD in den Bestand des Mietvertrags mit jedem Tag wächst. Unter Beachtung der rechtsstaatlichen Komponenten die auch aus Sicht der unterzeichnenden Fraktionen uneingeschränkt einzuhalten sind muss naturgemäß der AfD auch bezüglich der Chronologie die Möglichkeit verbleiben die fristlose Kündigung des Mietvertrags juristisch anzugreifen und in dem Zeitrahmen bis zum Datum der geplanten Veranstaltung eine abschließende gerichtliche Entscheidung herbeizuführen.

Die unterzeichnenden Fraktionen halten es ferner für geboten im Hinblick auf die Wichtigkeit des Themas die Presse und ggf. auch den Offenen Kanal über die Sitzung zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen

Für die SPD Stadtratsfraktion  
gez. Sobiesinsky, Vorsitzender

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
gez. Wolfgang Karch, Vorsitzender